

8. Die Forderung nach einer Umsetzung der Menschenrechte, indigenen Kollektivrechte und der Rechte der Natur

Ein weiteres großes Thema der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung war die Forderung nach einer Umsetzung der unveräußerlichen Menschenrechte, indigenen Kollektivrechte sowie der Rechte der Natur. In Anbetracht der als fortschrittlich geltenden bolivianischen Verfassung bedarf dieses Anliegen besonderer Aufmerksamkeit und wird nachfolgend in einem eigenen Masterframe betrachtet. Die *Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia* (CPE) von 2009 hat innerhalb der sozialen TIPNIS-Bewegung einen hohen Stellenwert. Wie in einer Aussage von Manuel Menacho zum Ausdruck kommt, ist die erste mit indigener Beteiligung zustande gekommene Verfassung Boliviens aus Sicht der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung eine wichtige Errungenschaft, anerkannte Rechtgrundlage und Ausgangspunkt für weitere fortschrittliche nationale Gesetzgebungen: »No puedes decir que es la constitución de Evo, ¡es de todos! [...] es una constitución bastante progresista, se reconocen derechos que antes no se reconocían y a partir de eso nacen otras leyes« (Interview Menacho 29.05.2019).¹

Gleichzeitig wies der Mitarbeiter der NGO CEJIS, Berater der indigenen Subzentralen des TIM und TIMI sowie Mitglied der urbanen Aktivistengruppe CODAPMA auf eine Wahrnehmung hin, dass die verfassungsmäßig garantierten Rechte in Bolivien von staatlicher Seite missachtet werden (Interview Menacho 29.05.2019). Die hohe Identifikation tieflandindigener Akteur*innen mit der Verfassung ist auch mit deren Zustandekommen zu erklären. Denn einige tiefländische Indigenenorganisationen waren wichtige Impulsgeberinnen für die Einberufung einer *Asamblea Constituyente* (AC), die den Verfassungstext erarbeitete. Die Forderung nach der Verfassungsgebenden Versammlung kam in einem

1 Übersetzung: »Man kann nicht sagen, dass es Evos Verfassung ist, es ist die von allen! [...] es ist eine ziemlich progressive Verfassung. Rechte werden anerkannt, die davor nicht anerkannt waren, und ausgehend davon sind andere Gesetze entstanden«.

Protestmarsch zum Ausdruck, der unter dem Motto »*Por la Soberanía Popular, el Territorio y los Recursos Naturales*« stand.² Dieser Marsch, der am 13. Mai 2002 in Santa Cruz de la Sierra startete und am 19. Juni 2002 in La Paz endete, war kein monolithischer Block gewesen. Indigene Akteur*innen der Regionalorganisationen *Coordinadora de los Pueblos Indígenas del Trópico de Cochabamba* (CPITCO), *Asamblea del Pueblo Guaraní* (APG), *Central de Pueblos Indígenas del Beni* (CPIB), *Central Indígena de la Región Amazónica de Bolivia* (CIRABO), *Organización de la Capitanía Weehmayek de Tarija* (ORCAWETA) und der *Central Indígena de Pueblos Originarios de la Amazonía de Pando* (CIPOAP) marschierten unter Federführung der CIDOB, die zu diesem Zeitpunkt von Marcial Fabricano geleitet wurde. Demgegenüber bildeten verschiedene Akteur*innen des kleinbäuerlichen Sektors, darunter die Bewegung ohne Land (*Movimiento sin Tierra*), angeführt von der *Coordinadora de los Pueblos Étnicos de Santa Cruz* (CPESC), eine zweite Gruppe. Die Gruppe um Fabricano erreichte La Paz zuerst und begann Verhandlungen mit der Regierung von Jorge »Tuto« Quiroga der Mitte-rechts-Partei *Acción Democrática Nacionalista* (ADN). Dadurch exkludierte sie die CPESC, was zu einer Distanzierung zwischen CPESC und CIDOB führte. Nichtsdestotrotz hatte der Protestmarsch die Forderung nach einer AC in die Öffentlichkeit getragen (Garcés et al. 2010: 31-35).

Die Protestierenden erhielten Unterstützung aus dem Hochland, vor allem von der CONAMAQ, die sich dem Marsch am 13. Juni 2002 in Sica Sica angeschlossen hatte – nicht jedoch von der MAS-Partei. Dennoch sollte die Verabschiedung eines Gesetzes zur Einberufung einer AC zu den ersten Amtshandlungen gehören, die Präsident Morales nach dessen Machtübernahme am 22. Januar 2006 umsetzte. Am 04. März 2006, Morales war gerade erst sechs Wochen im Amt, verabschiedete der Nationalkongress das Gesetz *Ley de Convocatoria a la Asamblea Constituyente*. Am darauffolgenden 06. August, ein Datum an dem in Bolivien jährlich an die Unabhängigkeit von Spanien erinnert wird, wurde die AC feierlich in der *Ciudad Blanca*, Boliviens konstitutioneller Hauptstadt Sucre, eröffnet. Die Verfassungsgebende Versammlung hatte zwischen sechs und zwölf Monaten Zeit, um einen Entwurf für die Magna Charta auszuarbeiten, die den Wähler*innen zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Da diese gesetzliche Frist nicht eingehalten werden konnte, wurde die AC bis Dezember 2007 verlängert (Lessmann 2009: 42-43; Postero 2017: 1). Auch tieflandindigene Akteur*innen waren an der Gestaltung und Ausarbeitung der neuen Verfassung beteiligt. Als zentrale Organisation des *Pacto de Unidad* konnte die tieflandindigene Dachorganisation CIDOB ihren Einfluss in der AC zur Neugründung Boliviens geltend machen. Die neue Verfassung wurde am 25. Januar 2009 mit 61,4 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent) in einem Referendum angenommen. In den bolivianischen Tieflanddepartements stimmten

2 Übersetzung: »Für die Volkssouveränität, Territorium und natürliche Ressourcen«; dieser Protestmarsch ist auch als Vierter Marsch bekannt.

die Wahlberechtigten allerdings mehrheitlich mit Nein (65 Prozent in Santa Cruz, 59 Prozent in Pando und 67 Prozent in Beni). Auch im südlich gelegenen Tarija drückten 57 Prozent der Bevölkerung beim Referendum ihre Ablehnung aus (Goo-dale 2019: 36). Tieflandindigene Unterstützer*innen der neuen Verfassung sahen sich in ihren Departments dem Widerstand der häufig rechten und rassistischen Opposition ausgesetzt, wie das Beispiel des an späterer Stelle beschriebenen Mas-sakers von Porvenir von 2008 im *departamento* Pando verdeutlicht.

Mit der Verfassung von 2009, die am 07. Februar in Kraft trat, wurde Bolivien zum Plurinationalen Staat erklärt. Das Multi-Ethnische und die Plurikulturalität wurden nicht nur – wie in der 1994 reformierten Verfassung von 1967 – als Elemente der Staatsdefinition betrachtet, sondern mit 88 fundamentalen Rechten in 411 Verfassungsartikeln strukturell verankert. Die Schaffung einer gerechten, harmo-nischen und dekolonisierten Gesellschaft wurde als Staatsziel ausgegeben und ein Diskriminierungsverbot eingeführt (CPE 2009: Art. 9.I; Art. 14.II). Die Rechte indi-gener Völker auf Selbstbestimmung und Institutionalisierung ihrer politischen, ju-ristischen und wirtschaftlichen Organisation wurden gestärkt. Internationale Ab-kommen über indigene Rechte, die von Bolivien ratifiziert wurden, wurden in Ar-tikel 257 zu festen Bestandteilen der inneren Rechtsordnung erklärt. Dazu zählten die ILO-Konvention 169 von 1989 und die *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) von 2007. In Artikel 256 der bolivianischen Verfassung kommt überdies zur Geltung, dass internationale Verträge und Instrumentarien in Menschenrechtsangelegenheiten sogar Vorrang vor der Verfassung haben können, wenn diese günstigere Rechte festlegen als die Inhalte der Verfassung (CPE 2009: Art. 256). Nach Einschätzung von Almut Schilling-Vacaflor und Riccarda Flemmer (2013: 7) setzte sich Bolivien mit der Verfassung von 2009 weltweit an die Spitze bei der Anerkennung indigener Rechte. Nur die Verfassung der Republik Ecuador von 2008 ließ sich mit den bolivianischen Standards vergleichen. Die Präambel hob den Geist der Verfassung in poetischer Weise hervor. Sie schlug einen Bogen über die antikolonialen Aufstände von Túpac Katari und Bartolina Sisa Ende des 18. Jahrhunderts bis hin zu den Wasser- und Gaskriegen in den frühen 2000er Jah-ren (siehe Kapitel 4). Der koloniale, republikanische und neoliberale Staat sollte der Vergangenheit angehören und, wie am Schluss der Präambel zu lesen ist, ein »Neu-beginn der Geschichte« anbrechen, der sich auch unter dem andinen Konzept des *Pachakuti*, des Aufruhrs und der Welterneuerung, verstehen lässt. Der Charakter des Verfassungstexts wurde von Kritiker*innen als aymarazentrisch bezeichnet. Die Aufgabe, die kulturelle Diversität der 36 *Naciones y Pueblos Indígena Originario Campesinos* (NPIOC) sowie deren Untergruppen in einer gemeinsamen Rechtsspra-che abzubilden, war eine große Herausforderung, die letztlich nicht erfüllt werden konnte (Eichler 2018: 4).

Nichtsdestotrotz hoben indigene und nicht-indigene Widerstandsakteur*innen im Framing die Vorteile »ihrer« Verfassung hervor. Allerdings konstatierten

sie eine Diskrepanz zwischen als fortschrittlich erachteten Rechtsnormen und der Rechtswirklichkeit. Sie kritisierten den Stand der Umsetzung der in der Verfassung garantierten Rechte und forderten Verbesserungen in der Rechtspraxis. Wie Reynaldo Flores, Mitglied der urbanen Aktivistengruppe *Campaña en Defensa del TIPNIS* aus Cochabamba, in einem Prognoseframe formulierte, wurde die Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte als wichtiger Schritt für die Lösung des TIPNIS-Konflikts gesehen: »[La solución] no sería algo nuevo. Simplemente sería hacer cumplir lo que legalmente ya tenemos en Bolivia. Lo que constitucionalmente ya tenemos en Bolivia« (Interview Flores 17.05.2019).³ Vorwürfe an die Morales-Regierung, sich nicht an Gesetze zu halten bzw. Rechte zu verletzen, waren Teil des diagnostischen Widerstands-Framings: »en Bolivia se ha luchado mucho para que llegue un Gobierno que cumpla las leyes. Y muchos hemos creído que el Gobierno del presidente Morales iba a ser un Gobierno que cumpla las leyes. Y particularmente, creo que ha habido un desencanto total«, äußerte Flores (Interview Flores 17.05.2019).⁴ Die ehemalige Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Julia Molina aus Santísima Trinidad formulierte: »Lo que más me duele es que el Gobierno ahora está atropellando nuestro territorio, nuestros derechos como pueblos indígenas« (Interview Molina 17.05.2019).⁵

8.1 Rechtsverletzungen

Als 2011 Akteur*innen aus Indigenenorganisationen und der Zivilgesellschaft während des TIPNIS-Marschs und zahlreiche Personen am Straßenrand und auf den Plätzen von La Paz protestierten war es Mark Goodale (2019: 72) zufolge ein Gefühl der Enttäuschung, das die Menschen mobilisierte. Eine Enttäuschung, die der US-amerikanische Anthropologe als Konsequenz einer »utopian euphoria« begreift, die Teile der Bevölkerung 2009 im Zuge der Konstitutionalisierung der Revolution ergriffen habe. Auf das Feuer der Revolution folgte die Ernüchterung »that always follows from the realization that a utopia can never be a guide to policy-making« (Goodale 2019: 72). In diesem Sinn kann die geringe Erlebbarkeit des verrechtlichten, revolutionären Wandels im Alltag als Ursache für das soziale Handeln im Widerstand gesehen werden.

Dieser Interpretation ist aus Sicht der Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung nur zum Teil zuzustimmen. Denn zum Feldforschungszeit-

3 Übersetzung: »[Die Lösung] wäre nichts neues. Es müsste nur das umgesetzt werden, was wir an Rechten schon in Bolivien haben. Was wir verfassungsmäßig schon in Bolivien haben«.

4 Übersetzung: »in Bolivien wurde viel gekämpft, damit eine Regierung kommt, die sich an Gesetze hält. Und viele haben geglaubt, dass sich die Morales-Regierung an Gesetze halten würde. Und besonders glaube ich, dass es eine totale Enttäuschung gab«.

5 Übersetzung: »Was mich am meisten schmerzt ist, dass die Regierung jetzt unser Territorium und unsere Rechte als indigene Völker missachtet«.

punkt zeigte sich, dass die Akteur*innen des Widerstands die Einhaltung ihrer Rechte (indigener Kollektivrechte bis hin zu fundamentalen Menschenrechten) nicht als Utopie, sondern als Selbstverständlichkeit erachteten. Der Morales-Regierung warfen sie dabei konkrete Rechtsverletzungen vor. Häufig genannt wurde insbesondere die Missachtung von Mitspracherechten indigener Gemeinbewohner*innen bei politischen Entscheidungsprozessen.

Ein wichtiges Framework für die Mitsprache der indigenen Bevölkerung ist das *Free, Prior and Informed Consent/Consultation* (FPIC), das die Bottom-Up-Partizipation indigener Völker bei politischen Entscheidungsprozessen erhöhen und damit einen Beitrag zur Demokratisierung leisten soll (Schilling-Vacaflor 2013: 204). Das FPIC basiert auf der ILO-Konvention 169 von 1989 und der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) von 2007. Beide sind durch die bolivianische Verfassung von 2009 garantiert, waren aber schon vor Einführung der Magna Carta gültig. Wie bereits erwähnt, wurde die ILO-Konvention 169 1991 von Bolivien ratifiziert (Ley 1257). Die UNDRIP ist 2007 in die nationale Gesetzgebung aufgenommen worden (Ley 3760).⁶ Das FPIC-Framework lässt sich in zwei Varianten untergliedern:

In der Variante der *Free, Prior and Informed Consultation* (auch als FPICon abgekürzt) hat es zum Ziel, die Pflicht zu etablieren, indigene Völker bei politischen Fragen, die ihre Territorien oder Interessen betreffen, durch eine freie, vorherige und informierte *Befragung* in politische Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. In der Variante des *Free, Prior and Informed Consent* geht es hingegen um die Etablierung der Pflicht, vor der Planung und Umsetzung von Projekten oder Gesetzesbeschlüssen, die indigene Territorien oder Interessen betreffen, zuerst die *Einwilligung* der indigenen Bevölkerung einzuholen (Fontana/Grugel 2016: 252). Letztere Variante, die ein Veto-Recht indigener Völker impliziert, wird durch die UNDRIP gestärkt, besonders in Fällen, in denen die indigene Bevölkerung umgesiedelt (Art. 10), Territorien und natürliche Ressourcen ausgebeutet (Art. 27) oder Entwicklungsprojekte durchgeführt werden sollen (Art. 32).

Wichtig für das FPIC sind in beiden Varianten die drei Kernprinzipien: »Free« bedeutet, dass es zur Durchführung der Befragung oder der Erlangung der Einwilligung keinen Zwang, Einschüchterung oder Manipulation geben darf und dass FPIC-Prozesse von indigenen Gemeinschaften selbstgesteuert werden. »Prior« impliziert, dass indigene Völker nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfen und bereits vor Beginn der Planungsphase extraktiver, infrastruktureller oder entwicklungspolitischer Projekte in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen (Eichler 2018: 2). »Informed« bezieht sich darauf, dass die Informationen, die indigenen Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, ver-

6 Am 26. Juni 2008 modifiziert durch Ley 3897.

ständig, konsistent, transparent und kultursensibel sein müssen (Fontana/Grugel 2016: 252).

Neben der ILO-Konvention 169 und der UNDRIP spiegelt sich das FPIC-Framework in Bolivien auch in weiteren nationalen Gesetzen wider: Hervorzuheben ist das Gesetz über fossile Energieträger vom 17. Mai 2005 (Ley 3058) aus der Amtszeit von Präsident Carlos Mesa, das in Artikel 114 festlegt, dass indigene und bäuerliche Gemeinschaften vor der Planung von Aktivitäten zur Ausbeutung fossiler Energieträger konsultiert werden müssen. Artikel 115 präzisiert, dass Konsultationen nach den Grundsätzen der Wahrhaftigkeit, Transparenz, Information und Rechtzeitigkeit (*bona fides*), in Übereinstimmung mit der ILO-Konvention 169 sowie unter Berücksichtigung der Umstände und Merkmale der betreffenden indigenen Völker durchgeführt werden müssen (Fontana/Grugel 2016: 253). Allerdings konnten sich Vertreter*innen des MAS und einige Akteur*innen der Opposition in der *Asamblea Constituyente* (AC) mit der Forderung durchsetzen, das FPIC im Verfassungstext in Artikel 30 auf die Variante der vorherigen Befragung zu begrenzen (CPE 2009: Art. 30.15). Nichtsdestotrotz ist in Bolivien auch das Recht auf vorherige Einwilligung gestärkt worden. Am 25. Oktober 2010 urteilte das bolivianische Verfassungsgericht zu Gunsten der *Asamblea del Pueblo Guaraní de Itika Guasu* in einem Streitfall mit dem Erdölunternehmen Petrosur SRL und dem Straßenbauunternehmen *Servicio Departamental de Caminos* (SEDECA) Tarija. Dabei stärkte es nicht nur das Recht auf vorherige Befragung, sondern kam auch zu dem Schluss, dass das Recht auf eine vorherige Einwilligung eingehalten werden muss, wenn es um Entwicklungspläne oder Investitionen »großen Maßstabs« mit »beträchtlichen Auswirkungen« auf indigene Territorien geht. Das Gericht bezog sich dabei auf ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2007, das die Rechte des Saramaka-Volks gegenüber dem Staat Suriname bekräftigte und zu dem Schluss kam, dass im Fall von Megaprojekten, die indigene Territorien betreffen, eine Einwilligung nötig ist (FIDH/APDH 2013: 21). Bolivien unterliegt der Gerichtsbarkeit des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der 1979 auf Grundlage der von Bolivien unterzeichneten Amerikanischen Menschenrechtskonvention in San José (Costa Rica) gegründet wurde.

Außerdem hatte Morales unter Berücksichtigung von Menschenrechts- und Umweltstandards mittels einer progressiven Gesetzgebung Konsultationsprozesse gesetzlich reformiert, um Defizite früherer Vorabbefragungen, die teilweise von Unternehmen des extraktiven Sektors selbst in Auftrag gegeben worden waren, zu beheben. Durch diese Reformen, zu denen das Oberste Dekret 29033 von 2007 zählt, hatten sich hohe Erwartungen an die Qualität der praktischen Durchführung der Konsultationsprozesse ergeben (Schilling-Vacaflor 2013: 207–208). Diese Erwartungen hatten sich im Fall des TIPNIS-Konflikts nicht erfüllt, da die Kern-

prinzipien der Konsultationen (»free«, »prior« und »informed«) nicht eingehalten wurden.

Im Widerspruch zu den Kernprinzipien des FPIC hatte die Morales-Regierung die TIPNIS-Bevölkerung sowohl bei ihren Plänen zum Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos als auch zur Erdölförderung vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie hatte Verträge zur Finanzierung und zum schlüsselfertigen Bau der TIPNIS-Straße abgeschlossen, ohne den Moxeño-Trinitarios, Chimanos und Yuracarés die Möglichkeit zu geben, zuvor in ihren Gemeinden über das Projekt zu beraten und abzustimmen. Auch die Konzessionen zur Erdölextraktion in den Jahren 2007 und 2008 waren ohne Absprache mit der indigenen Bevölkerung an Ölkonzerne vergeben worden (Schilling-Vacaflor 2013: 208-209). Tanja Ernst (2015: 76) unterstellt Morales aufgrund dieser Vorgehensweise einen »paternalistischen Regierungsdiskurs«, den Roberto Coraite, Quechua und Exekutivsekretär des Dachverbandes der Kleinbauern und Landarbeiter (CSUTCB), im Jahr 2011 in unverblümter Weise auf den Punkt gebracht habe: Er bezeichnete die TIPNIS-Straße umstandslos als Möglichkeit für die indigene Bevölkerung, der Armut und ihrem Status als »salvajes« (Wilde) zu entfliehen (La Razón 07.09.2011).

Wie bereits erwähnt, ließ die Regierung eine Abstimmung im TIPNIS erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 zu. Zu diesem Zeitpunkt hatte die OAS Ltda. bereits erste Baumaßnahmen an der TIPNIS-Straße vollzogen, wenn auch nur in Abschnitt I außerhalb des TIOC-Gebiets. Neben den Meinungen der Gemeindebewohner*innen zur geplanten TIPNIS-Straße stand bei der *consulta* die Frage nach der Einstellung zum Gesetz 180 im Vordergrund, welches das TIPNIS als *zona intangible* unter besonderen Schutz gestellt und den Bau der *carretera* und anderer Straßen im Territorium untersagt hatte (McNeish 2013: 231). Auffällig war, dass die Regierung das Projekt vor und während der Durchführung der *consulta* als eine an die verschiedenen Ökosysteme angepasste ökologische Straße (*carretera ecológica*) mit geringer Umweltauswirkung reframe hatte, um skeptische Gemeindebewohner*innen zu überzeugen (Hirsch 2019: 822; 825). Zudem hatte sie, wie bereits dargelegt, Falschaussagen über die »Unantastbarkeit« des Gesetzes 180 verbreitet, mit denen sie Einschränkungen für den traditionellen, nicht-kommerziellen Gebrauch natürlicher Ressourcen suggerierte. Von einer zufriedenstellenden Informierung der Bevölkerung im Sinne einer »informed consultation« konnte also keine Rede sein.

Einigen Vertreter*innen der indigenen Regionalorganisation *Central de Pueblos Étnicos Moxeños del Beni* (CPEM-B) und Autoritätspersonen des TIPNIS kam zudem der Verdacht auf, dass es bei der Durchführung der *consulta* zu Unregelmäßigkeiten gekommen war. Daher baten sie Repräsentant*innen der katholischen Kirche sowie der unabhängigen Menschenrechtsorganisationen *Federación Internacional por los Derechos Humanos* (FIDH) und *Asamblea Permanente de Derechos Humanos de Bolivia* (APDHB), eine Verifikationsmission im Territorium durchzuführen. Diese fand

vom 29. November bis zum 14. Dezember 2012 statt (McNeish 2013: 231). Die angefragten Organisationen bildeten eine interinstitutionelle Kommission. Diese Kommission, die sich, um möglichst viele Gemeinden im TIPNIS zu erreichen, in vier Untergruppen aufgeteilt hatte, besuchte das *Centro de Gestión* sowie insgesamt 35 Gemeinden. Dabei stellte sie deutliche Mängel der *consulta* fest:

Laut einem Bericht, den die Kommission im März 2013 veröffentlichte, waren nur 19 der 35 untersuchten Gemeinden von den insgesamt 15 offiziellen Delegationen, den *brigadas* des Interkulturellen Dienstes zur Stärkung der Demokratie (SIFDE), konsultiert worden (Hirsch 2019: 824). In 23 Gemeinden hätten sich die Gemeindebewohner*innen dafür entschieden, nicht an der *consulta* teilzunehmen, da sie befürchteten, dass allein ihre Teilnahme schon als Zustimmung für den Straßenbau gewertet werden würde. Außerdem gaben Bewohner*innen von 30 der 35 besuchten Gemeinden gegenüber der Verifikationskommission an, dass sie mehrheitlich den Straßenbau in seiner geplanten Form ablehnen würden. Zwölf der befragten Gemeinden wollten den Bau einer Fernstraße unter der Bedingung einer alternativen Routenplanung zulassen. Lediglich drei der 35 untersuchten Gemeinden stimmten dem Straßenbau Villa Tunari – San Ignacio de Moxos in seiner geplanten Form zu. Weitere drei Gemeinden knüpften die Realisierung des Projekts an Bedingungen, wie den Bau kleiner Verbindungswege zwischen den Gemeinden (*caminos vecinales*) oder Säuberungsaktionen der Flüsse, um den Flusstransport zu verbessern und sicherer zu machen (Cáritas/APDH 2013: 117-118). Die Ergebnisse der Verifikationsmission sind in schriftlichen Positionspapieren dokumentiert, die in den Cabildos der jeweiligen Gemeinden geschrieben und unterzeichnet wurden. Zweifel am Wahrheitsgehalt der von der Regierung veröffentlichten Angaben zur *consulta*, denen zufolge 82 Prozent der Befragten die im Gesetz 180 garantierte »Unantastbarkeit« abgelehnt und 80 Prozent für den Straßenbau gestimmt hätten, wurden durch die Ergebnisse verstärkt.

Die Verifikationskommission stellte fest, dass die *consulta* nicht dem FPIC-Prinzip der freien Befragung genügt hatte. Ein Großteil der TIPNIS-Bewohner*innen sei von der Regierung Morales manipuliert, bestochen und erpresst worden. In 20 der 35 untersuchten Gemeinden hätten sich die Bewohner*innen unter Druck gesetzt gefühlt (Cáritas/APDH 2013: 118). Nach Aussagen einiger TIPNIS-Bewohner*innen hätte die Regierung versucht, ihre Zustimmung zu »erkaufen«, indem sie begehrte Gegenstände wie Außenbord-Bootsmotoren, Motoren zur Lichterzeugung oder Macheten in den Gemeinden verteilen ließ. Auch *pequepeques*, wie die im TIPNIS gebräuchlichen, aus Holz gefertigten Boote genannt werden, seien darunter gewesen. Im Gegenzug hätten die Empfänger*innen dieser Gegenstände ihre Zustimmung zum Straßenbauprojekt mit ihrer Unterschrift auf den *consulta*-Listen dokumentieren müssen: »*nuestro Gobierno empezó realmente a comprar la conciencia a nuestros hermanos*«, äußerte die ehemalige Vorsitzende der

CPEM-B (2010-2016) Bertha Vejarano (Interview 29.05.2019).⁷ Wie Marquesa Teco (*Subcentral de Mujeres del TIPNIS*) berichtete, seien viele der verteilten Gegenstände bereits gebraucht gewesen und schon nach kurzer Zeit kaputtgegangen (Interview Teco 16.05.2019). Einem Bericht von *Erbol* zufolge (10.04.2013), seien auch Kinder mit Süßigkeiten und Spielsachen dazu gebracht worden, die *consulta*-Dokumente zu unterschreiben. »Para nosotros no fue libre [la consulta]. Y esa es nuestra rabia hasta hoy«, kommentierte Marquesa Teco (Interview Teco 16.05.2019).⁸

Kaum bekannt ist, dass sich einige Gemeindebewohner*innen gegen diese Methoden des *prebendalismo*, der politischen Bestechung, gewehrt hatten. Wie Mario Gutiérrez, Caritas-Mitarbeiter und Mitglied der Verifikationskommission, erzählte, war es in der TIPNIS-Gemeinde San Ramoncito zu einem bemerkenswerten Zwischenfall zwischen den Dorfbewohner*innen und einer *consulta*-Brigade gekommen, die den Präsidentschaftsminister (*ministro de la Presidencia*) Juan Ramón Quintana begleitete. Quintana soll die Gemeindebewohner*innen von San Ramoncito auf autoritäre Weise zur Unterschrift der *consulta*-Dokumente gezwungen haben (*Erbol* 10.04.2013). Gutiérrez zufolge hätten sich die Bewohner*innen aus San Ramoncito über diese Vorgehensweise beschwert, Quintana bei seinem Besuch körperlich angegriffen sowie seinen Helikopter beschädigt, was eine Videoaufnahme der Dorfbewohner*innen beweisen könne (Interview Gutiérrez 01.07.2019).

Iván Zambrana Flores der Regierungsbehörde *Autoridad Plurinacional de la Madre Tierra* (APMT) verteidigte im Interview das Vorgehen der Regierung bei der *consulta* und wies den Vorwurf der unsachgemäßen Durchführung zurück. Im Gegenteil hätte es sich bei der *consulta* um eine der besten jemals durchgeführten Befragungen gehandelt, was zahlreiche Dokumente und Videos belegen könnten, die in der bolivianischen Zentralbank archiviert worden seien (Interview Flores 01.07.2019). Wie gezeigt wurde, stimmten die Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung dieser Best-Practice-Darstellung nicht zu. Stattdessen lehnten sie die offiziellen *consulta*-Ergebnisse mehrheitlich ab und sahen im Bericht der Verifikationskommission den Beweis dafür, dass die Morales-Regierung indigene Kollektivrechte verletzt hatte.

Ein weiterer Beleg für die Missachtung von Rechten stellt aus Sicht der Widerstandsakteur*innen der Bau der bereits erwähnten Brücken über die Flüsse Isiboro, Ibuelo und Sazama dar. Denn diese sind ab 2016 im TIPNIS errichtet worden als das Schutzgesetz 180 noch in Kraft war, das aus Sicht der sozialen TIPNIS-Bewegung zu den wichtigsten Errungenschaften des Achten Protestmarschs von 2011 zählte. Widerstandsakteur*innen nutzten dieses Beispiel, um auf das als problematisch gesehene Rechtsverständnis der Regierung hinzuweisen. Dies kam in

7 Übersetzung: »unsere Regierung hat wirklich angefangen, unseren *hermanos* das Gewissen abzukaufen«.

8 Übersetzung: »Für uns war [die *consulta*] nicht frei. Und das macht uns bis heute wütend«.

Aussagen von Marquesa Teco (*Subcentral de Mujeres del TIPNIS*), Julia Molina (ehemalige Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS*), Maribel Daza (CPEM-B) und Fabio Garbari (Jesuit) zum Ausdruck.

MAS-nahe *dirigentes* verteidigten die Flussquerungen und das Vorgehen der Regierung. Domingo Nogales (*Subcentral TIPNIS*) zufolge sei die Errichtung der Brückenbauwerke auf Wunsch der im südlichen TIPNIS lebenden Bevölkerung erfolgt, die diese dringend benötigt hätten (Interview Nogales 05.06.2019). Von alltäglichen Erfahrungen mit diesen Brücken berichtete der Corregidor der Gemeinde Santísima Trinidad im Polygon 7. Er ergänzte, dass die Bewegungsmöglichkeiten der Bewohner*innen seiner Gemeinden durch die Brücken vergrößert worden seien. Zudem hätten sich die Brücken positiv auf die Sicherheit der Gemeindebewohner*innen ausgewirkt, da es zuvor bei Versuchen, die Flüsse zu überqueren, zu tödlichen Unfällen gekommen sei. Mit dem Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos würden diese nicht in Zusammenhang stehen (Corregidor Santísima Trinidad, Name wird nicht genannt, 03.07.2019).

Abbildung 14: Brücke über den Río Isiboro im Polygon 7



Eigene Aufnahme, 03.07.2019.

Die Sichtweise, dass die Brücken zur Deckung lokaler Bedürfnisse errichtet wurden, teilten die Widerstandsakteur*innen nicht. Das Ausmaß dieser Bauwerke, die während der Feldforschung gesichtet wurden, macht deutlich, dass für den Fernverkehr geplant wurde. Die Isiboro-Brücke misst 250 Meter und kostete 4,9

Millionen US-Dollar, die 120 Meter lange Ibuelo-Brücke 2,3 Millionen US-Dollar und die 150 Meter lange Sazama-Brücke 2,7 Millionen US-Dollar (ITRN 2019a: 10).

8.2 Gewalt- und Repressionserfahrungen als Motivation

Der 24. Mai sowie der 11. September des Jahres 2008 sind Tage, die Pro-MAS-Aktivist*innen im Gedächtnis bleiben. Es war das Jahr, in dem sich Morales, García Linera und acht von neun Präfekten dem *referéndum revocatorio* stellten (siehe Kapitel 4). Tatsächlich ging es auch um die Zukunft des *Proceso de Cambio* und um die zugrundeliegende Frage, ob die Mehrheit der Bevölkerung Morales' Transformationsprojekt und damit auch die Einführung einer neuen Verfassung unterstützte. Oppositionsbewegungen mobilisierten im östlichen Tiefland sowie in Sucre gegen die Regierung. In den östlichen Tieflanddepartments, die aufgrund ihrer gemeinsamen halbmondähnlichen Landkartenkontur als *Media Luna* bekannt sind, führten ein regionaler Separatismus, rassistisch motivierte Empörung angesichts der Macht in den Händen eines Indigenen und wirtschaftlicher Protektionismus zu Protesten. In Sucre waren es Anhänger*innen der *pro-capitalia*-Bewegung, die für Sucre den Status einer »vollständigen« Hauptstadt forderten, die gegen den MAS auf die Straße gingen. Dabei wurden Anhänger*innen des MAS Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen. Am 24. Mai entzündete sich die Gewalt im Zuge einer Veranstaltung in Sucre, auf der Morales um Unterstützung beim Referendum werben wollte. Morales cancelte seinen Besuch, doch seine bereits aus ruralen Gebieten angereisten Anhänger*innen wurden von Aktivisten der *pro-capitalia*-Bewegung auf der Plaza 25 de Mayo zusammengetrieben, geschlagen und gedemütigt. Sie wurden zu obszönen Schmähesängen gegen Morales gezwungen und mussten ihre mitgebrachten Flaggen der indigenen Hochlandbevölkerung (*wiphalas*) verbrennen (Goodale 2019: 22–23).

Am 11. September, einen Monat nach dem Referendum, bei dem Morales im Amt bestätigt wurde, ereignete sich das Massaker von Porvenir im Tieflanddepartment Pando, bei dem MAS-Anhänger*innen gefoltert und vergewaltigt wurden. Mindestens 19 Personen wurden getötet. Anstifter dieser Gräueltaten war Leopoldo Fernández, der im *referéndum revocatorio* im Amt bestätigte Präfekt des *departamento* Pando, der neben dem *cruceño* Rubén Costas zu den am offenkundigsten rassistisch-motivierten Gegnern des MAS zählte (Do Alto 2008a: 112–113; Goodale 2019: 23). Das Ausmaß der Gewalttaten gegen MAS-Sympathisant*innen löste einen nationalen kollektiven Schock aus. Die Opfer von Sucre und Porvenir sind für den MAS Helden und Märtyrer. Gemeinsam mit dem »schwarzen Oktober« 2003 im Zuge des Gaskriegs (siehe Kapitel 4) zählen die Vorfälle von 2008 zu den Ereignissen, bei denen MAS-Unterstützer*innen Gewalt, Repressionen, aber auch gesellschaftliche Solidarität erfuhren.

Chaparina 2011 kehrte diese Vorzeichen um. Der MAS, der aufgrund der Erfahrungen im Zuge des »schwarzen Oktobers« lange Zeit dem Einsatz staatlicher Gewalt zurückhaltend gegenüberstand und für einen friedlichen Wandel eingetreten war, wurde nun selbst für physische Gewalt verantwortlich gemacht. Im Framing hoben Widerstandsakteur*innen diese Gewalt und die Verletzung von Menschenrechten hervor. Wie sich an Aussagen von Nazareth Flores aus dem Widerstandskreis der CPIB und von Cecilia Moyoviri (*Subcentral TIPNIS*) zeigen lässt, dienten persönliche Unrechts- und Gewalterfahrungen zur Begründung der Motivation für das eigene Engagement in der sozialen TIPNIS-Bewegung: »*Lo que más me motiva es, pues, que hemos sufrido mucho. [...] Yo fui muy maltratada en Chaparina. Yo quería tener un bebé y cuando la policía me pegaron me hacían perder mi bebé. El único*« (Interview Flores 16.05.2019).⁹ Mit dieser Aussage erinnerte Flores an die brutale Gewalt, die Polizeikräfte den friedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Achten Protestmarschs 2011 zugefügt hatten. Cecilia Moyoviri rechtfertigte ihr Bewegungshandeln mit ähnlichen Motivationsframes. Neben den Repressionen des »*masacre de Chaparina*« erwähnte sie Vorkommnisse während des Neunten Protestmarschs von 2012, bei dem die Protestteilnehmenden nicht von Staatspräsident Morales empfangen wurden, sondern auf der Plaza Murillo in La Paz mit Polizeigewalt unter Einsatz von Pfefferspray, Wasserwerfern und Tränengasgranaten abgewiesen wurden (Laing 2015: 152): »*allí fue que nos bañaban con agua fría, pero estos sufrimientos es lo que nos enaltece. Este sufrimiento es que nos eleva a lo que estamos ahora continuando con la defensa [de los territorios]*« (Interview Moyoviri 19.06.2019).¹⁰ Miguel Uche von der CPEM-B verlor seinen Sohn auf dem Achten Protestmarsch. Der acht Monate alte Junge war aufgrund der schlechten Wasserversorgung an Diarrhoe erkrankt und verstorben (Interview Uche 02.08.2019). Die Protestteilnehmenden und Angehörigen des Jungen gaben der Regierung die Schuld für seinen Tod. Beim Trauerzug der Beerdigung in San Borja trugen die Anwesenden ein Banner mit sich, das den Verstorbenen als »*Inocente víctima de este gobierno insensible e incapaz de solucionar problemas de los pueblos indígenas*« auswies (Colque et al. 2012: 85-86).¹¹

9 Übersetzung: »Was mich am meisten motiviert ist, nun ja, dass wir viel gelitten haben. [...] Ich wurde in Chaparina stark misshandelt. Ich wollte ein Baby haben und als die Polizei mich schlug, hat sie dafür gesorgt, dass ich mein Baby verlor. Mein einziges.«

10 Übersetzung: »Dort haben sie uns mit kaltem Wasser begossen, aber diese Leiden sind es, die uns Würde verleihen. Dieses Leiden erhebt uns, sodass wir jetzt mit der Verteidigung [der Territorien] weitermachen.«

11 Übersetzung: »Unschuldiges Opfer dieser unsensiblen Regierung, die nicht fähig ist, Probleme der indigenen Völker zu lösen.«

8.3 Einklagen von Rechten vor Gericht

Die sehr persönlichen Gewalt- und Repressionserfahrungen während der Protestmärsche 2011 und 2012 schärfen das Bewusstsein der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung für ihre Rechte. Im Framing bildeten sie einen Ausgangspunkt, um Empathie zu erzeugen und für Unterstützung und Rückhalt für den Widerstand zu werben. Gleich am zweiten Tag der Feldforschung wandte sich Marquesa Teco (*Subcentral de Mujeres del TIPNIS*) während des Interviews an den Autor:

Ahora le pido a usted también que nos colabore a los hermanos [...]. Usted como estudiante: ¿Qué piensa de nosotros? ¿Cómo está en su ser, en su corazón? ¿Cómo lo ve, cómo lo siente que tantas gasificaciones, [...] sufrimiento, lloro para nosotros ha sido. La verdad es tristeza. Los hermanos que fueron a la marcha... ha habido muerte, accidente [...] abortos de este Chaparinazo. Entonces, ¿cómo lo ve usted también como estudiante? ¿Cómo lo ven en Alemania? (Interview Teco 16.05.2019)¹²

Die Botschaft war eindeutig: Der Autor, Deutschland und die Weltöffentlichkeit sollten beim Leid und den Menschenrechtsverletzungen im TIPNIS nicht wegsehen.

Am 08. Mai 2012 wählten CPEM-B und CIDOB mit Unterstützung der Nichtregierungsorganisation *Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo* (FOBOMADE) eine institutionalisierte Bewegungstaktik zur Rechtseinforderung. Mit einer Petition wandten sie sich an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (*Comisión Interamericana de Derechos Humanos*, CIDH), die den TIPNIS-Fall auf Rechtsverletzungen untersuchen sollte. Neben dem bereits erwähnten Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte bildet die 1959 gegründete CIDH ein wichtiges Organ der Organisation Amerikanischer Staaten (*Organización de Estados Americanos*, OEA) zum Schutz der Menschenrechte in Lateinamerika. Die CIDH analysiert Fälle von Menschenrechtsverletzungen und kann sowohl Forderungen an Staaten stellen als auch, in besonders schwerwiegenden und dringenden Fällen, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte um die Anordnung vorläufiger Maßnahmen bitten. Allerdings ist die CIDH-Petition während der Feldforschung nur in drei Interviews erwähnt worden. Sieben Jahre nach Einreichung der Petition hatten die Widerstandakteur*innen bis dato noch keine Antwort von

12 Übersetzung: »Nun bitte ich auch Sie, mit uns *hermanos* zusammenzuarbeiten [...]. Sie als Student: Was denken Sie von uns? Wie fühlen Sie es in Ihrem Wesen, in Ihrem Herzen? Wie sehen Sie, wie fühlen Sie, dass es für uns Vergasungen, [...] Leid, Tränen war? Die Wahrheit ist Traurigkeit. Die Brüder und Schwestern, die auf den Marsch gingen... es gab Tod, Unfälle [...] Schwangerschaftsabbrüche durch diesen Chaparinazo. Wie sehen Sie das auch als Student? Wie seht ihr das in Deutschland?«.

der CIDH erhalten: *»los procesos en la CIDH [...] son bastante lentos«*, kommentierte der Jurist Manuel Menacho (CEJIS/CODAPMA), der eines der Probleme in der Schwäche des FOBOMADE sah: *»ahora ya básicamente está desapareciendo esta ONG«* (Interview Menacho 29.05.2019).¹³

Im Gegensatz zur CIDH-Petition war jedoch unter den Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung zum Erhebungszeitraum ein anderes Instrument zur Rechtseinforderung präsent. Denn am 15. Mai 2019, zu Beginn der Feldforschung, verkündete das Internationale Tribunal für die Rechte der Natur (ITRN) ein vielbeachtetes Urteil im TIPNIS-Fall. Um die Bedeutung dieses Urteils für den Widerstand zu verstehen, muss neben den indigenen Kollektivrechten mit den Rechten der Natur ein weiteres Rechtsgebiet betrachtet werden, an dem Widerstandsakteur*innen Diskrepanzen zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit aufzeigten. Doch was ist das ITRN und warum beschäftigte es sich mit dem TIPNIS?

Das ITRN ist ein ethisches Gesellschaftsgericht, das 2014 aus einer Initiative zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie Umweltverbänden und Stiftungen hervorging. Seine Urteile haben keine rechtlich bindenden Konsequenzen.¹⁴ Allerdings setzt das ITRN darauf, Staaten durch die Erzeugung medialer Aufmerksamkeit zur Einhaltung von Rechten zu bewegen. Seinen gesellschaftlichen Einfluss verdankt es illustren Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik, die in der Funktion von Richter*innen aufgrund ihrer Renommées in der Lage sind, für eine breite mediale Öffentlichkeit zu sorgen (ITRN 2019a: 4). Als Vorbild kann das sogenannte Russell-Tribunal gelten, das 1966 vom damals vierundneunzigjährigen Friedensaktivisten Lord Bertrand Russell zur Aufarbeitung US-amerikanischer Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg einberufen worden war. Prominente Persönlichkeiten wie Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir hatten zur Bekanntheit des Russell-Tribunals beigetragen, das die Funktion einer gewichtigen zivilgesellschaftlichen Protestform einnahm und schließlich zum Vorbild für Kriegsverbrecherprozesse der Vereinten Nationen wurde.

Die Grundlage für die Tätigkeit des Internationalen Tribunals für die Rechte der Natur besteht in der Anerkennung der Rechtssubjektivität der Natur. Das heißt es gesteht der Natur spezifische Rechte zu. Davon ausgehend hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Rechte der Natur zu schützen und anderen Grundrechten

13 Übersetzung: *»die Prozesse in der CIDH [...] sind sie ziemlich langsam«*; *»jetzt verschwindet diese NGO praktisch von der Bildfläche«*. Erst ein Jahr nach der Feldforschung sollte sich die CIDH melden. In ihrem auf den 24. April 2020 datierten Bericht Nr. 113/20 erklärte sie die TIPNIS-Petition auf Grundlage der Artikel 5, 8, 21, 23 und 25 der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention für zulässig (CIDH 2020).

14 Dies bedeutet jedoch nicht, dass das ITRN nicht einen rechtlich bindenden Charakter, beispielsweise in Form eines Internationalen Umweltgerichtshofs unter Anbindung an die Vereinten Nationen, anstreben würde (Interview Acosta 03.06.2019).

gleichzustellen (Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios 2019: 9). Ziele des ITRN sind die Förderung und Einhaltung der Universellen Deklaration über die Rechte von Mutter Erde (UNDROME). Die UNDROME hat in Bolivien ein hohes Gewicht. Dies liegt daran, dass die Erklärung am 22. April 2010 auf der von Morales ausgerichteten Weltkonferenz zum Klimawandel und der Rechte von Mutter Erde im bolivianischen Tiquipaya im Departement Cochabamba beschlossen worden war, auf der Morales nach Beobachtung des damals anwesenden Biologen und Umweltaktivisten Rodrigo Soria nachdrücklich an die Verantwortung der Menschheit für die Zukunft des Planeten Erde appellierte (Interview Soria 23.05.2019). Nach Meinung des ITRN-Richters Alberto Acosta, einem auf die Rechtssubjektivität der Natur spezialisierten ecuadorianischen Ökonomen, Politiker und ehemaligen Vorsitzenden der ecuadorianischen Verfassungsgebenden Versammlung (2007-2008), kann Morales nicht nur als ein Miturheber der UNDROME, sondern auch als ein Mitinitiator des Tribunals gelten:

Curiosamente este tribunal surge de una u otra manera por iniciativa de Evo Morales. Él es él de la idea. Él es él que impulsa al nivel mundial la Declaración Universal de los Derechos de la Naturaleza. Él nos convoca, gran parte de los miembros del tribunal, de los jueces y de las juezas del tribunal estuvimos en abril 2010 en Bolivia. (Interview Acosta 03.06.2019)¹⁵

Zudem wird die Bedeutung der UNDROME in Bolivien im Hinblick auf deren Einfluss auf die nationale Gesetzgebung klar, da die Universelle Deklaration über die Rechte von Mutter Erde zum Vorbild für das am 21. Dezember 2010 erlassene Gesetz 071 »*Ley de Derechos de la Madre Tierra*« (Gesetz der Rechte der Mutter Erde) wurde (Gaceta Oficial del Estado Plurinacional de Bolivia 2010). Durch das Rahmengesetz 300 »*Marco de la Madre Tierra y Desarrollo Integral para Vivir Bien*« vom 15. Oktober 2012 verordnete die *Asamblea Legislativa Plurinacional* (ALP), dass die Rechte der Natur in Bolivien anderen Grund- und Menschenrechten gleichgestellt sein sollten (Coordinadora en Defensa de la Naturaleza 2019: 9). Zu den anerkannten Rechten des Rechtssubjekts Mutter Erde, die allerdings nicht explizit in der Verfassung verankert sind (Gudynas 2013: 24), gehört die Pflicht des Staates, im Sinne des *Vivir Bien* eine »integrale Entwicklung« in Harmonie mit der Natur in Politik, Strategien, Plänen, Programmen und Projekten zu verfolgen (Art. 5.2). Außerdem hat der Staat die Erhaltung der Regenerationsfähigkeit von Mutter Erde zu gewährleis-

15 Übersetzung: »Erstaunlicherweise geht das Tribunal auf die eine oder andere Weise auf eine Initiative von Evo Morales zurück. Er ist derjenige mit der Idee. Er ist derjenige, der die Universelle Deklaration der Rechte der Natur weltweit vorangetrieben hat. Er hat uns zusammengerufen. Ein Großteil von uns Mitgliedern des Tribunals, den Richtern und Richterinnen des Tribunals, war im April 2010 in Bolivien«.

ten (Art. 5.5) und Umweltverschmutzungen zu reduzieren (Art. 5.7) (Gaceta Oficial del Estado Plurinacional de Bolivia 2012a).

Vor dem Hintergrund dieser progressiven Gesetzesgrundlage der Rechte der Natur, entschlossen sich der Vorsitzende der Widerstandssubzentrale des TIPNIS Fabián Gil und die Vorsitzende der angegliederten Frauenorganisation Marquesa Teco dazu, vor dem ITRN Klage zu erheben und auf Verletzungen der Rechte der Natur im TIPNIS hinzuweisen. Wenige Monate nachdem das Schutzgesetz 180 im August 2017 durch das Gesetz 969 aufgehoben worden war, reisten Gil und Teco zu einer ITRN-Versammlung, die am 07. und 08. November 2017 als Parallelveranstaltung zur UN-Klimakonferenz (COP 23) im Landesmuseum des Landschaftsverbands Rheinland in Bonn stattfand (ITRN 2019a: 4; El Deber 12.08.2018). Da das ITRN aufgrund mangelnder Ressourcen und angesichts der Fülle der herangetragenen Klagen über Verletzungen der Rechte der Natur eine Fallauswahl zu treffen hatte, musste sich das Tribunal zunächst aktiv für die Bearbeitung des TIPNIS-Falls entscheiden. Dieser schien jedoch für die ITRN-Richter*innen aus mehreren Gründen attraktiv zu sein: Aus Sicht von Alberto Acosta lag dies zum einen daran, dass der Fall von Vertreter*innen des TIPNIS persönlich vorgetragen worden war und nicht etwa von Umweltverbänden. Zum anderen weckte die besondere Emblematisierung des Falls die Aufmerksamkeit des Tribunals. Denn Teco und Gil hatten ausgerechnet die Regierung von Evo Morales angeklagt, die in Tiquipaya und darüber hinaus zu den Pionieren der Anerkennung der Rechtssubjektivität der Natur gehört hatte (Interview Acosta 03.06.2019).

Um sich vor Ort ein Bild von der Situation des TIPNIS-Konflikts zu machen, schickte das ITRN vom 15. bis 23. August 2018 eine Untersuchungskommission nach Bolivien. Zu dieser zählten neben Alberto Acosta auch der argentinische Umweltschützer Enrique Viale sowie mit der US-amerikanischen Menschenrechtlerin Shannon Biggs eine Mitbegründerin der Globalen Allianz für die Rechte der Natur (GARN). Bei GARN handelt es sich um einen Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, der das Internationale Tribunal für die Rechte der Natur in technischen und administrativen Angelegenheiten unterstützte. Nachdem die Kommission einige Treffen mit Repräsentant*innen des TIPNIS sowie eine Pressekonferenz in Santa Cruz de la Sierra absolviert hatte, reiste sie von Santa Cruz de la Sierra nach Trinidad. Von dort flog sie mit einem Kleinflugzeug in die TIPNIS-Gemeinde Trinidadcito, wo sie bereits vom Corregidor der Gemeinde und Delegationen der Territorien TIPNIS, TIM und TIMI empfangen wurde. In Trinidadcito fand am 17. August 2018 eine öffentliche Anhörung statt, bei der verschiedene Rednerinnen und Redner ihre Befürchtungen bezüglich des Straßenbaus schilderten. Ebenfalls thematisiert wurden die Gewalterfahrungen in Chaparina, die Streitpunkte der *consulta* von 2012 sowie die befürchteten Auswirkungen des Gesetzes 969 (Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios 2019: 5).

Große Aufmerksamkeit erlangte anschließend der Versuch der Kommission, das Polygon 7 zu besuchen, um zusätzlich Argumente der Gegenseite zu hören. Die Kommission hatte am 01. August 2018 eine Einladung des *Consejo Indígena del Sur* (CONISUR) erhalten, die Gemeinde Santísima Trinidad im südlichen Teil des TIPNIS zu besuchen. Zudem hatte Mauricio Guaji, der Vorsitzende der Regionalorganisation *Coordinadora de los Pueblos Indígenas del Trópico Cochabambino* (CPITCO), die Besuchserlaubnis für die ITRN-Kommission auf einer Pressekonferenz öffentlich bestätigt. Als die Kommission jedoch am 19. August 2018 in Begleitung von Vertreter*innen der Menschenrechtsorganisation *Asamblea Permanente de Derechos Humanos de Bolivia* (APDHB) und der Presse mit ihren Wagen in das Polygon 7 einfahren wollten, wurden sie in Isinuta fünf Stunden lang von Mitgliedern des CONISUR und Siedlern des Polygon 7 gegen ihren Willen festgehalten. Erst nach Eintreffen von Polizeikräften wurden sie freigelassen (Jemio 29.08.2018; Interview Acosta 03.06.2019).

Wie Alberto Acosta im Interview erzählte, hatte dieses Ereignis einen enormen Beitrag zur Bekanntwerdung der Mission geleistet (Interview Acosta 03.06.2019). Einen Tag später fand in La Paz eine Presskonferenz statt, bei der die Kommission erste Erkenntnisse ihrer Untersuchung vorstellte und medienwirksam über die Vorkommnisse von Isinuta berichtete. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war aus dem Besuch der Kommission ein landesweites Gesprächsthema geworden. Aufgrund des medialen Drucks trafen sich Regierungsvertreter*innen, darunter Carlos Romero, zu diesem Zeitpunkt Regierungsminister (zuvor Präsidentschaftsminister, siehe Kapitel 4), mit der Kommission in La Paz. Da diese die Fragen der Kommission jedoch nicht auf zufriedenstellende Weise beantworteten, wurde vereinbart, dass die Kommission der Regierung einen Fragebogen zuschickte, der insgesamt 30 Fragen enthielt. Die Kommission erhoffte sich dadurch Antworten zum Stand des Straßenbauprojekts Villa Tunari – San Ignacio de Moxos, zur Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Situation der Abholzungen, des Kokaanbaus und der indigenen Bevölkerung im TIPNIS, zur Durchführung der umstrittenen *consulta*, zur Repression in Chaparina, zu den Erdölkonzessionen und zur Einhaltung der Rechte der Natur in Bolivien. Eine kurze Antwort kam am 27. September 2018 von Regierungsminister Romero, in der er der Kommission mitteilte, dass die Regierung den Fragebogen nicht ausfüllen werde (Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios 2019: 6).

Doch auch wenn der Fragebogen unbeantwortet geblieben war, hatte die Regierung, nach Auffassung von Alberto Acosta, dem ITRN einen Gefallen getan. So wertete Acosta die Tatsache, dass die Regierung mit dem ITRN in einen Dialog getreten war, schon als Akt der Anerkennung. Dafür habe er Romero aufrichtig gedankt. Andere Regierungen oder Unternehmen, die vor das ITRN bestellt worden seien, hätten das Gericht im Gegensatz zur bolivianischen Reaktion oftmals vollständig ignoriert. Mit ihrer Dialogbereitschaft habe die bolivianische Regie-

rung stattdessen die Existenzberechtigung des Tribunals bestätigt (Interview Acosta 03.06.2019).

Am 15. Mai 2019 sprach das Internationale Tribunal für die Rechte der Natur auf Grundlage eines Berichts der Kommission ein Urteil aus, das der Klage der *Subcentral TIPNIS* Recht gab und die Morales-Regierung für schuldig befand, Rechte der Natur sowie Rechte der indigenen Bevölkerung im TIPNIS gebrochen zu haben (ITRN 2019). In seiner Begründung bezog sich das ITRN auf die bolivianische Rechtslage; insbesondere auf das Gesetz 071 der Rechte von Mutter Erde und das Umweltgesetz (Ley 1333). Auch stellte das Urteil direkte Bezüge zu Verfassungsartikeln her, die auf den Schutz der Umwelt und die Rechte der Natur verweisen (v.a. Art. 30, 33, 34, 373 und 403). In Artikel 90 ihres Urteils forderte das ITRN die Morales-Regierung zum definitiven Stopp aller Bauarbeiten am Straßenbauprojekt in Abschnitt II zwischen Isinuta und Monte Grande de Apere im Inneren des TIPNIS auf. Außerdem verlangte es die Aufhebung des Gesetzes 969. Siedlungsaktivitäten in Richtung der Kernzone des TIPNIS sollten verhindert, Pläne zur Expansion der Erdölaktivitäten aufgegeben und die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen in Chaparina identifiziert und sanktioniert werden. Des Weiteren sollte die Regierung soziale Bewegungen und Indigenenorganisationen weder unter Druck setzen, noch disziplinieren oder kontrollieren (ITRN 2019: 27-28). Unter den 26 sogenannten Richterinnen und Richtern, die das Urteil unterschrieben, befanden sich auch Personen, die Morales' Transformationsprojekt *Proceso de Cambio* (Prozess des Wandels) ursprünglich unterstützt hatten. Darunter die indische Physikerin und Ökofeministin Vandana Shiva, der argentinische Senator und Kinematograf Fernando »Pino« Solanas sowie die ecuadorianische Indigenenführerin Blanca Chancoso (Solón 26.05.2019).

Wie zu erwarteten war, wies die Regierung die Anschuldigungen zurück und erklärte, dass sie sich nicht an das Urteil gebunden sähe. Der Vorsitzende der MAS-nahen *Subcentral TIPNIS* Domingo Nogales startete aus Protest eine Unterschriftenaktion, um das Urteil des ITRN anzufechten (Los Tiempos 22.05.2019). Im Interview erzählte er, dass er sich im Anschluss an die Urteilsverkündung mit Gemeindevertreter*innen in San Pablo im TIPNIS getroffen habe. Dort sei das Urteil zurückgewiesen worden. Es sei falsch, dass das ITRN den bolivianischen Staat aufgrund von Bauarbeiten an der TIPNIS-Straße und extraktiver Pläne für schuldig befunden habe, da es weder Fortschritte am Straßenbau noch Ausbeutungen der Ölvorkommen gegeben habe. Generell sei die Untersuchung der ITRN-Kommission im TIPNIS nicht legal gewesen. Vor allem deshalb nicht, da sich die Kommission ohne seine Zustimmung als Autorität der »offiziellen« *Subcentral TIPNIS* Zutritt ins Territorium verschafft habe (Interview Nogales 05.06.2019).

Völlig anders bewerteten Akteur*innen des Allianzsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung das zum Zeitpunkt der Feldforschung hochaktuelle ITRN-Urteil. Auch wenn den meisten bewusst war, dass dieses nicht bindend war, wurde

es dennoch als ein wichtiger moralischer Gewinn für den indigenen Widerstand gegenüber dem Staat aufgefasst (Interview Candia 16.05.2019). Andersherum bezeichnete Alberto Acosta das Urteil als moralische Sanktion für die Regierung. Denn insbesondere für Präsident Morales, der in der internationalen Öffentlichkeit als »el gran adalid, el gran campeón de la defensa de los derechos humanos, de los derechos indígenas en particular y sobre todo de los derechos de la naturaleza« gelte, würde das Urteil einen deutlichen Imageschaden darstellen: »si viene de afuera un tribunal internacional independiente ético sin presiones, sin mandato de ningún poder político económico a sancionarle moralmente, eso le incomoda al Gobierno« (Interview Acosta 03.06.2019).¹⁶

8.4 Demokratiedefizite

Abgesehen von den Verletzungen indigener Kollektivrechte, fundamentalen Menschenrechten und den Rechten der *Madre Tierra* wiesen die Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung im Framing auch auf Demokratiedefizite in Bolivien hin, die häufig mit dem Vorwurf eines autoritären Regierungsstils begründet wurden. Morales, der angetreten war, um die Demokratiequalität sowie Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten der Bevölkerung zu verbessern, stand unter den Widerstandsakteur*innen in der Kritik, sich nicht an demokratische Standards zu halten. Der Vorsitzende der Widerstands-CIDOB Tomás Candia (Interview 16.05.2019) und Emilio Noza (Interview 22.07.2019) des Widerstandskreises der *Subcentral Sécuré* unterstellten der Morales-Administration sogar eine diktatorische Herrschaftspraxis: »el Gobierno es totalmente dictador«, formulierte Noza (Interview 22.07.2019).¹⁷

Für Misstrauen gegenüber Morales' Demokratieverständnis sorgte dessen erneute Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019, die zum Zeitpunkt der Feldforschung nur wenige Monate entfernt waren. Denn obwohl die bolivianische Verfassung von 2009, die Morales selbst maßgeblich beeinflusst hatte, nicht mehr als zwei Amtszeiten für das Präsidentenamt vorsah, wollte Morales bis 2025 weiterregieren. Durch seine erneute Kandidatur hatte er sich über den Willen einer knappen Mehrheit der Bolivianer*innen hinweggesetzt. Denn am 21. Februar

16 Übersetzung: »der große Anführer, der große Champion der Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere der indigenen Rechte und vor allem der Rechte der Natur«; »wenn ein unabhängiges internationales ethisches Gericht ohne Druck, ohne Mandat einer politisch-ökonomischen Macht von außen kommt, um ihn moralisch zu sanktionieren, ist das für die Regierung unangenehm«.

17 Übersetzung: »Die Regierung ist total diktatorisch«.

Abbildung 15: Schriftzug »EVO DICTADOR« (Evo Diktator) in La Paz; rechts oben im Bild ist die Línea Celeste des öffentlichen Transportsystems Mi Teleférico (Meine Seilbahn) zu sehen, ein Symbol des Proceso de Cambio



Eigene Aufnahme, 01.07.2019.

2016 hatte die Bevölkerung in einem Referendum gegen eine Reform des 168. Verfassungsartikels gestimmt, die sowohl Morales als auch dessen Vizepräsidenten Álvaro García Linera eine zweimalige konsekutive Wiederwahl ermöglicht hätte. Mit 51,3 Prozent Nein-Stimmen zu 48,7 Prozent Ja-Stimmen, was lediglich einen Unterschied von 136.000 Stimmen ausmachte, wurde die Verfassungsänderung abgelehnt. Besonders deutlich war die Ablehnung in den *Media-Luna*-Departements, Tarija im Süden sowie in den östlichen Tieflanddepartements Beni, Pando und vor allem in Santa Cruz. In drei Hochlanddepartements, einschließlich La Paz, überwogen die Ja-Stimmen. 2017 erklärte jedoch ein Urteil des Obersten Gerichtshofs die Amtszeitbeschränkung für nicht verfassungsgemäß. Mit Verweis auf die Amerikanische Menschenrechtskonvention begründete das Gericht sein Urteil damit, dass es bolivianischen Bürger*innen nicht verwehrt werden dürfe, sich für politische Ämter zu bewerben (Bertelsmann-Stiftung 2020: 10).

Vor diesem Hintergrund muss erwähnt werden, dass sich Morales zum Zeitpunkt seiner Kandidatur *de facto* bereits in seiner dritten Amtszeit (2014-2019) befand, und dass selbst diese dritte Amtszeit nur aufgrund einer Ausnahme möglich gewesen war. Denn die Wahlaufsicht hatte zu seinen Gunsten beschlossen, die

erste Amtszeit (2006-2009) nicht zu zählen, da diese noch unter der alten Verfassung stattgefunden hatte (Achtenberg 2016: 372). Trotz dieser verfassungsrechtlichen Einwände war Morales der Überzeugung, dass ihn das Volk um eine erneute Kandidatur gebeten habe. Das Ergebnis des Referendums von 2016 bezeichnete er als illegitim und eine Lüge. Die Mehrheit der bolivianischen Medien und der politischen Opposition hätten das Ergebnis verfälscht (Fest 17.01.2020). Kurz vor dem Referendum hatte der bolivianische Journalist Carlos Valverde einen politischen Skandal aufgedeckt. Morales wurde eine Beziehung zu Gabriela Zapata zum Verhängnis, einer Managerin des chinesischen Bauunternehmens CAMC Engineering, dem Morales Aufträge in Millionenhöhe in Bolivien verschaffte. Zudem wurde die Existenz eines gemeinsamen, unehelichen Kindes bekannt (Goodale 2019: 236).

Nach Angaben der Bertelsmann-Stiftung, die im Bertelsmann-Transformations-Index (BTI) die Demokratiequalität Boliviens bewertet, stellte die mangelnde Unabhängigkeit der Gewalten unter der MAS-Herrschaft ein großes Problem dar. Mechanismen der *checks and balances* wurden zunehmend eingeschränkt. Die Kontrolle der Regierungspartei über beide Kammern des Parlaments führte zu einer Situation der Vermischung von Legislative und Exekutive. Auch die Judikative wurde von der Regierung beeinflusst: *»el Gobierno está con todos los poderes y hace lo que le da la gana«*, äußerte Tomás Candia der Widerstands-CIDOB (Interview Candia 16.05.2019).¹⁸ Laut dem BTI-Bericht 2020 hat Morales' Ankündigung, bei den Präsidentschaftswahlen 2019 für eine vierte Amtszeit anzutreten, die Demokratie schwer beschädigt (Bertelsmann-Stiftung 2020: 3). Das Urteil des Wahlgerichts, diese erneute Kandidatur zuzulassen, verstärkte in der Bevölkerung das Misstrauen gegenüber der Judikative. Diese Demokratiedefizite beeinflussten die Sichtweisen der Akteur*innen des Allianzsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung auf die Wahlen 2019: *»la gente lamentablemente sigue pensando de que en octubre va a haber elecciones normales. No va a haber elecciones. Lo que van a hacer es un simulacro y se van a autoproclamar otra vez con resultados que no son reales«*, äußerte der Direktor der Nichtregierungsorganisation CEJIS Hernán Ávila (Interview 22.05.2019).¹⁹

In Anbetracht der Ereignisse im Oktober und November 2019 hatte sich diese Prognose, dass es keine »normalen Wahlen« geben würde, als stimmig erwiesen. Denn nachdem Morales zur Wahl angetreten war, sollte das Land in eine schwere Staatskrise geraten. Am Wahltag stoppte die Veröffentlichung der Hochrechnungen um 19.40 Uhr bolivianischer Zeit als 84 Prozent der Stimmen bereits ausgezählt waren. Zu diesem Zeitpunkt schien es als müsste Evo Morales gegen seinen

18 Übersetzung: »die Regierung hat alle Gewalten auf ihrer Seite und tut was ihr gefällt. Es gibt keine Gerechtigkeit hier in Bolivien«.

19 Übersetzung: »leider denken die Leute immer noch, dass es im Oktober normale Wahlen geben wird. Es wird keine Wahlen geben. Sie werden eine Simulation machen und sich erneut mit falschen Ergebnissen selbstproklamieren«.

Konkurrenten Carlos Mesa in eine Stichwahl gehen (Organización de los Estados Americanos 21.10.2019). Laut bolivianischem Wahlrecht ist eine Wahl erst dann in erster Runde gewonnen, wenn der Erstplatzierte entweder mindestens 50 Prozent der Stimmen erhalten oder wenn der Erstplatzierte mindestens 40 Prozent und zum Zweitplatzierten einen Abstand von mindestens zehn Prozentpunkten errungen hat. Obwohl Wahlbeobachter*innen der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) in der Unterbrechung der Vorauszählung ein Indiz für Wahlbetrug sahen, wurde Morales fünf Tage nach der Wahl mit 47,08 Prozent und damit mit 10,51 Prozentpunkten vor Carlos Mesa zum Sieger erklärt.

Daraufhin kam es zu anhaltenden Protesten gegen Morales von Seiten miss-trauischer und wütender Wähler*innen sowie der politischen Opposition, bei denen es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit MAS-Anhänger*innen kam. Als sich schließlich auch das Militär gegen Morales stellte, trat der Langzeitpräsident zurück und verließ Bolivien am 11. November 2019 in Richtung Mexiko. Aus Sicht des MAS handelte es sich bei den Protesten um einen Putsch, angetrieben von rechten Oppositionsparteien. Die OEA ist im Nachhinein u.a. von Wahlforscher*innen des Massachusetts Institute of Technology, für ihr methodisches Vorgehen kritisiert worden, sodass der Vorwurf des Wahlbetrugs in Bolivien und international stark umstritten blieb (Fest 17.01.2020).

Angesichts der erneuten, polarisierenden Kandidatur von Morales, für dessen Vornahmen (evo) das Wörterbuch der Königlich Spanischen Akademie einen poetischen Ausdruck für »Zeitdauer ohne Ende« kennt, galt es nach Meinung von Widerstandsakteur*innen wie Julia Molina aus Santísima Trinidad, eine Wiederwahl des Präsidenten zu verhindern: »no es constitucional su reelección, [...] ya no queremos a él como presidente« (Interview 17.05.2019).²⁰ Fabio Garbari, Jesuit und Aktivist, wandte allerdings ein, dass er nicht per se gegen Evo Morales sei. Als Pluspunkt rechnete er Morales an, dass die Gefahr ermordet zu werden, für Indigene und Umweltaktivist*innen unter seiner Amtsführung in Bolivien gering gewesen sei, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern wie Peru, Brasilien, Ecuador, Kolumbien oder Venezuela. Zudem gäbe es keine Garantie dafür, dass sich die Situation indigener Völker unter einem Präsidenten Carlos Mesa, dem zweiten aussichtsreichen Kandidaten bei den Wahlen 2019, bessern würde (Interview Garbari 26.05.2019). So zeigten sich viele Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung bei der Frage, welche Partei oder Kandidat*innen sie bei den Wahlen anstelle von Morales bevorzugen würden, unentschlossen.

Allerdings wurden sie im Feldforschungszeitraum von Cecilia Moyoviri der *Sub-central TIPNIS* überrascht, die im Juli 2019 ankündigte, sich für einen Sitz im Senat zu bewerben (Interview Tamo 18.07.2019). Die *Cámara de Senadores* bildet neben

20 Übersetzung: »seine Wiederwahl ist nicht verfassungsgemäß, [...] wir wollen ihn nicht mehr als Präsidenten haben«.

dem Abgeordnetenhaus eine von zwei Kammern der *Asamblea Legislativa Plurinacional* (ALP). Der Senat hat 36 Sitze (vier pro Departement). Angetreten war Moyoviri für das Wahlbündnis *Comunidad Ciudadana* (CC) des Präsidentschaftskandidaten Carlos Mesa. Aufgrund der Staatskrise, die auf den Wahltag folgte, konnte Moyoviri jedoch erst ein Jahr später als Vertreterin des Beni in den Senat einziehen (Radio Fides 24.10.2020).²¹

Der Gang in die Politik ist im TIPNIS nicht ungewöhnlich. Wie erwähnt, war bereits der erste Vorsitzende der *Subcentral TIPNIS* Marcial Fabricano 2002 zum Vizeminister für indigene Angelegenheiten der Regierung Sánchez de Lozada II ernannt worden. Zuvor hatte er sich im Jahr 1997 an der Seite des Präsidentschaftskandidaten Miguel Urioste Fernández de Córdova des *Movimiento Bolivia Libre* (MBL) für das Amt des Vizepräsidenten beworben, wenn auch mit wenig Erfolg.²² Fernando Vargas, der *presidente* der *Subcentral TIPNIS* während der Protestmärsche 2011 und 2012, trat am 26. Juni 2014 für die Grüne Partei (*Partido Verde de Bolivia*) an der Seite der Parteichefin Margot Soria Saravia als Vizepräsidentenskandidat an. Die Grüne Partei kam nur auf 2,79 Prozent der Stimmen, bekam keinen Sitz im Parlament und wurde nach der Wahl aufgelöst.

Vor dem Hintergrund der politischen Ambitionen ihrer Vorgänger in der *Subcentral TIPNIS* war Moyoviris Kandidatur nicht außergewöhnlich. Unmut erzeugte jedoch die Tatsache, dass die neunundvierzigjährige Moxeña-Trinitaria diese weder mit den übergeordneten Indigenenorganisationen CIDOB und CPEM-B noch mit der Basis in den TIPNIS-Gemeinden abgesprochen und koordiniert hatte, was nach Aussage von Héctor Tamo (CPEM-B) in solchen Fällen üblich sei. Laut Tamo sei durch Moyoviris Kandidatur in der Außenwahrnehmung der Eindruck erweckt worden, dass sich die Indigenenorganisationen des Widerstands auf eine Kandidatin der CC geeinigt hätten. Tatsächlich wollte sich die CPEM-B jedoch ursprünglich aus den Wahlen heraushalten: »*Nosotros siempre hemos dicho que como regional CPEM-B no vamos a participar en estas elecciones nacionales con ningún candidato. [...] y de noche a la mañana ya aparece ella allá con esa información que fue de impacto para varios de nosotros*« (Interview Tamo 18.07.2019).²³ Wie Julio Ribera der Indigenenpastoral des Apostolischen Vikariats Beni erklärte, bedeutete die Kandidatur Moyoviris aus seiner Sicht eine weitere Destabilisierung und organisatorische Schwächung der

21 Interimspräsidentin Jeanine Áñez hatte Neuwahlen angesetzt, die wegen der Covid-19-Pandemie auf den 18. Oktober 2020 verschoben wurden. Die Präsidentschaft übernahm der MAS-Kandidat Luis Arce Catacora, der bereits am ersten Tag nach seiner Amtseinführung seinen langjährigen Parteifreund Evo Morales aus dem Exil zurückholte.

22 Bei der Wahl konnte der MBL (Bewegung freies Bolivien) nur 3,09 Prozent der Stimmen erzielen.

23 Übersetzung: »Wir haben immer gesagt, dass wir als Regionalorganisation CPEM-B mit keinem Kandidaten an den nationalen Wahlen teilnehmen werden. [...] und von heute auf morgen kommt sie mit dieser Information, die für einige von uns einschneidend war«.

Subcentral TIPNIS, da sich bei einer erfolgreichen Kandidatur die Frage stelle, wer die *Subcentral TIPNIS* künftig führen sollte (Interview Ribera 17.07.2019).

Eingeschränkte Freiheiten zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die Vereinigungsfreiheit sowie die Meinungsfreiheit gehören in Bolivien zu den verfassungsmäßig garantierten Grundrechten (siehe Art. 21 CPE 2009). Nach Einschätzung der Bertelsmann-Stiftung sind diese in dem südamerikanischen Land allerdings eingeschränkt. Besonders zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine Affinität zur politischen Opposition aufwiesen, würden von der Regierung attackiert und eingeschüchtert. Die Regierung hat nach dem Gesetz *Ley de otorgación de personalidades jurídicas* (Ley 351) vom 19. März 2013 (Artikel 14) ein starkes Druckmittel gegen zivilgesellschaftliche Organisationen ohne Erwerbsabsichten (Stiftungen und NGOs) in der Hand. Sie ist befugt, diese aufzulösen, wenn diese gegen ihre »erklärten Ziele« verstoßen. Diese Ziele, die sich an der unklar definierten »wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung« des Staats zu orientieren haben (Art. 7.II.1), müssen zusammen mit weiteren Informationen in einem Statut festgehalten werden, das der Regierung übergeben wird. Zuständig für die Erteilung, An- und Aberkennung der betreffenden Organisationen als juristische Personen (*personería jurídica*) ist nach Artikel 8 desselben Gesetzes das Autonomieministerium. Die notwendigen, verpflichtenden Registrierungsprozesse gelten als kompliziert und bürokratisch. Allein im Jahr 2015 sind 38 zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund einer fehlerhaften Registrierung vom Autonomieministerium als »irregulär« eingestuft, jedoch nicht aufgelöst worden (Bertelsmann-Stiftung 2020: 8). Außerdem attackierte die Regierung nationale NGOs auf autoritäre Weise verbal und bezeichnete sie als »Akteur*innen des Imperialismus«. Dies ist beispielsweise anhand eines Twitter-Posts des Präsidenten vom 02. September 2018 nachzuvollziehen, bei dem er sowohl Opus Dei als auch die Menschenrechtsorganisation *Asamblea Permanente de Derechos Humanos de Bolivia* (APDHB) bezichtigte, ein Hort pro-imperialistischer Rechtsgesinnter zu sein, die mit ihren Lügenkampagnen den *Proceso de Cambio* denunzierten (Morales, Twitter, 02.09.2018). Die APDHB, die, wie bereits erwähnt, im TIPNIS-Konflikt u.a. im Zuge der *consulta*-Verifikationsmission 2012 in Erscheinung trat, ist in Bolivien als schlagkräftige Wächterin der Menschenrechte bekannt. Zwar gibt es in Bolivien seit 1994 mit der *Defensoría del Pueblo* auch eine zentrale Ombudsstelle für Menschenrechte. Allerdings arbeitete diese, im Gegensatz zur APDHB, nicht effektiv und (insbesondere seit 2016) nicht unabhängig von der Regierung (Bertelsmann-Stiftung 2020: 11). Die Ombudspersonen der *Defensoría del Pueblo* David Tezanos Pinto und Nadia Cruz Tarifa wiesen eine Affinität zum MAS auf. Ausländischen NGOs, die in Bolivien tätig waren, wurde unterstellt, die Souveränität des bolivianischen Volks zu unterminieren (Bertelsmann-Stiftung 2020: 8).

Die prekäre Situation der NGOs ließ sich anhand von Interviewaussagen der Unterstützer*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung nachvollziehen. Über Einschränkungen der Meinungsfreiheit beschwerte sich Carlos Alarcón der *Plataforma Boliviana Frente al Cambio Climático* (PBFCC): »no sé si realmente existe la libertad de expresión así en su amplio sentido. Siempre cuando tú quieres opinar siempre debes tener cuidado de las consecuencias que puede haber« (Interview Alarcón 21.07.2019).²⁴ Mario Gutiérrez des katholischen Caritas-Verbands gab an, dass er nach seiner Teilnahme an der *consulta*-Verifikationsmission im TIPNIS von staatlicher Seite unter Druck gesetzt worden war. Vor allem über die Einflussversuche Juan Ramón Quintanas und die Auseinandersetzung des Präsidentschaftsministers mit Gemeindebewohnern aus San Ramoncito im Zuge des *consulta*-Prozesses habe er nicht berichten dürfen: »Cuando salí del TIPNIS he sentido persecución, nos han perseguido, el Gobierno nos hacía perseguir cuando íbamos a los medios de comunicación. Porque hemos llegado a comunidades donde nos han contado cosas que nadie sabe« (Interview Gutiérrez 01.07.2019).²⁵ Reynaldo Flores der Aktivistengruppe *Campaña en Defensa del TIPNIS*, der im Anschluss des Achten Protestmarschs als ehemaliger Radio- und Fernsehjournalist Interviews in TIPNIS-Gemeinden führte, sah sich nach eigener Aussage Repressionen von Seiten einiger MAS-Anhänger ausgesetzt, die ihn an der Informationsverbreitung hindern wollten: »cuando salíamos a la plaza a dar algún informe, a repartir alguna información a la prensa siempre nos estaban golpeando alguna gente del Movimiento al Socialismo, de los colonizadores« (Interview Flores 17.05.2019).²⁶ Ana Medinacelli der *Coordinadora en Defensa de la Autodeterminación de los Pueblos y el Medio Ambiente* (CODAPMA) aus Santa Cruz de la Sierra berichtete, dass ihre Aktivistengruppe von einem MAS-Mitglied bespitzelt worden sei und ihren Internetauftritt aufgrund staatlicher Anordnung verloren habe. Diese Repressionen schränkten CODAPMAs Handlungsspielräume deutlich ein. Medinacelli deutete sie jedoch auch als einen Beleg für die disruptive Wirkung ihrer Organisation, die sich als »Stein im Schuh« der Regierung profiliert habe (Interview Medinacelli 18.05.2019).

Unter Beobachtung standen auch das *Centro de Documentación e Información Bolivia* (CEDIB), eine ursprünglich an der Universidad Mayor de San Simón in Cochabamba angesiedelte NGO, die auf Dokumentation, Archiv- und Öffentlichkeitsar-

-
- 24 Übersetzung: »ich weiß nicht, ob es wirklich die freie Meinungsäußerung gibt im weiten Sinn. Immer wenn man seine Meinung äußern will, muss man sich vor den Konsequenzen in Acht nehmen, die es geben kann«.
- 25 Übersetzung: »Als ich das TIPNIS verließ spürte ich eine Verfolgung. Die Regierung ließ uns verfolgen als wir uns gerade an die Medien wenden wollten. Weil sie uns in den Gemeinden Dinge erzählt haben, die niemand weiß«.
- 26 Übersetzung: »wenn wir auf die Plaza gingen, um Bericht zu erstatten, um Informationen an die Presse zu verteilen, wurden wir immer von einigen Leuten der Bewegung zum Sozialismus, von den Siedlern verprügelt«.

beit spezialisiert ist, und die *Fundación Tierra* mit Hauptsitz in La Paz. Die *Fundación Tierra* wurde 1991 gegründet und machte sich mit Studien zu Agrarthemen einen Namen. Während einer öffentlichen Veranstaltung im August 2015 verteidigte Vizepräsident Álvaro García Linera das Gesetz 351 über die *personalidades jurídicas* und griff diese beiden etablierten Organisationen verbal an: »*Tienen que estar atentos contra estas dos ONGs que mienten en favor de los extranjeros*« (García Linera; zitiert nach La Patria 09.08.2015).²⁷ Daraufhin argumentierte er, dass die *Fundación Tierra* einem Ex-Minister von Sánchez de Lozada (hier bezog er sich auf Miguel Urioste, Präsidentschaftskandidat 1997 des MBL, der später in der Regierung von Sánchez de Lozada arbeitete) und mit CEDIB einer Gruppe von Trotzkisten gehöre, die als Ausdruck ihres politischen Opportunismus von einem Tag auf den anderen zu Umweltaktivisten geworden seien. Beide würden sie lügen, um die Interessen großer ausländischer Unternehmen zu verteidigen und anderen Ländern Profite zu sichern (Goodale 2019: 189). Aus Sicht des Entwicklungsexperten Jorge Krekeler gerieten die zivilgesellschaftlichen Organisationen durch ihre unabhängige Informationsarbeit und regierungskritischen Publikationen im Zuge des TIPNIS-Konflikts ins Visier der Morales-Administration (Interview Krekeler 23.05.2019). Einem Bericht von Amnesty International (2019: 7-8) zufolge drohte Vizepräsident García Linera den NGOs auch mit einer Ausweisung aus Bolivien. Am 06. Februar 2017 störten und unterbrachen MAS-Anhänger für mehrere Stunden eine Pressekonferenz in den Räumlichkeiten der NGO *Asamblea Permanente de Derechos Humanos de Bolivia* (APDHB) in La Paz, an der auch Vertreter*innen des CEDIB und CEJIS teilnahmen. Die Organisator*innen hatten sich für Schutzmaßnahmen für freiwillig in Isolation lebende und nicht kontaktierte indigene Völker eingesetzt, die sie durch den Extraktivismus im Ölsektor gefährdet sahen. Einen Monat später ordnete der Dekan der Universidad Mayor de San Simón die Räumung der 1993 bezogenen Büros des CEDIB an, die innerhalb von 48 Stunden verlassen werden mussten. Im November desselben Jahres wurden per Gerichtsbeschluss die Bankkonten des CEDIB eingefroren, was die Fortführung der Menschenrechtsarbeit sowie die Auszahlung von Gehältern gefährdete.

Ursprünglich hatten nicht wenige Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen zu den Sympathisant*innen und engen Verbündeten des Hoffnungsträgers Evo Morales gezählt und seinen Aufstieg unterstützt (Interview Menacho 29.05.2019). Auffällig ist, dass zahlreiche Ex-Mitarbeiter*innen des *Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social* (CEJIS) während Morales' Präsidentschaft politische Ämter übernahmen. Adolfo Mendoza und Gabriela Montaña wurden während Morales' zweiter Amtszeit für den MAS in den Senat gewählt. Montaña wurde 2019 Morales' letzte Gesundheitsministerin. Wichtige politische Ämter hatten auch die

27 Übersetzung: »Seien Sie wachsam gegenüber diesen beiden NGOs, die zu Gunsten von Ausländern lügen«.

Ex-CEJIS-Direktoren Alejandro Almaraz und Carlos Romero inne. Almaraz erhielt den Posten als Vizeminister für Land (*viceministro de Tierras*). Im Zuge des Achten Protestmarschs 2011 kehrte er sich deutlich von Morales ab. Der gelernte Rechtsanwalt Romero, der an der renommierten Rechtsfakultät der Universidad Mayor San Andrés in La Paz studiert hatte, war zwischen 1995 und 2000 Regionalleiter des CEJIS in Trinidad. Ende 2000 übernahm er den Posten des Direktors auf nationaler Ebene. Im Zentrum der Arbeit des CEJIS, das 1978 in Santa Cruz de la Sierra gegründet wurde, steht der Schutz der Menschenrechte. Seine Kernkompetenz liegt in der juristischen Beratung, insbesondere von Indigenenorganisationen des bolivianischen Tieflands. So spielte das CEJIS eine wichtige Rolle in *saneamiento*- und Titulierungsprozessen indigener Territorien, die es technisch und juristisch begleitete. Neben der NGO *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA) und der katholischen Indigenenpastoral des Apostolischen Vikariats Beni beteiligte sich CEJIS u.a. im TIPNIS an der Ausbildung von indigenen Verantwortungsträgern, die juristisch sowie im Umgang mit GPS-Instrumenten geschult wurden, um die Tätigkeit der INRA-Behörde im *saneamiento*-Prozess überprüfen zu können (siehe Kapitel 4) (Guzmán et al. 2007: 205).

Unter Führung von Carlos Romero unterstützte das CEJIS im Jahr 2002 *campesinos* und *indígenas* des Tieflands bei ihrem Marsch für die Einberufung der *Asamblea Constituyente* (AC), der Romero schließlich selbst angehören sollte. Im Anschluss an die AC stieg der CEJIS-Funktionär zu einem der einflussreichsten Politiker des Landes auf. Unter Morales wurde er zunächst Autonomieminister (*ministro de Autonomías*) (2009-2011), dann Präsidentschaftsminister (*ministro de la Presidencia*) (2011-2012) und schließlich Regierungsminister (2012-2019) (Guzmán 2020: 52). Als *ministro de Gobierno* war Romero in der Hierarchie nach dem Präsidenten und Vizepräsidenten einer der mächtigsten Regierungsoffiziellen des Landes. Als MAS-Politiker hatte er jedoch viele indigene Gemeinden enttäuscht. Während er als Präsidentschaftsminister 2011 mit Vermittlungsversuchen zwischen der Regierung und den Organisator*innen des Achten Protestmarschs scheiterte (siehe Kapitel 4), leistete das CEJIS mit seinem damaligen Regionalbüro in Trinidad, das zu diesem Zeitpunkt von Hernán Ávila geleitet wurde, Unterstützung für den Widerstand (Interview Ávila 22.05.2019). Um als Menschenrechtsorganisation glaubwürdig zu sein, sei das CEJIS nach Aussage von Manuel Menacho (CEJIS-Mitarbeiter in San Ignacio de Moxos) bemüht, sich bei seiner täglichen Arbeit vor Ort in den lokalen indigenen Gemeinden von ihrem Ex-Direktor abzugrenzen (Interview Menacho 29.05.2019). Ab 2017 spielte das CEJIS eine wichtige Rolle im ITRN-Prozess. Im Interview berichtete die CEJIS-Mitarbeiterin Fátima Monasterio davon, dass sie Marquesa Teco und Fabián Gil nach Deutschland begleitet und Unterstützung bei der Anklage geleistet habe. Seitdem war die neunundzwanzigjährige Soziologin aus Santa Cruz de la Sierra eine wichtige Ansprechpartnerin für das Internationale Tribunal für die Rechte der Natur (Interview Monasterio 28.05.2019).

Das CEJIS ist nicht die einzige Organisation, die den Widerstand im TIPNIS unterstützte, die personell mit der Morales-Regierung verflochten war. Auch der katholische Caritas-Verband Boliviens hatte persönliche Beziehungen zur Regierung. Dessen ehemalige Hauptkordinatorin María del Carmen Almendras war zum Zeitpunkt des Achten Protestmarschs 2011 als Botschafterin in Spanien eingesetzt. Während Morales' dritter Amtszeit war sie Vizeaußenministerin (2017-2019) (Interview Gutiérrez 01.07.2019).

Um staatlichen Repressionen (z.B. durch Entzug der *personería jurídica*) zu entgehen und sich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Regierung in anderen Bereichen nicht zu verschließen, hielten sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Widerstand im TIPNIS unterstützten, in der Öffentlichkeit mit Kritik an der Regierung zurück. Alejandra Anzaldo erzählte, dass ihre NGO, das *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA), nicht jede Position, die den Widerstand im TIPNIS unterstütze, öffentlich mache: *«tenemos una posición favorable a los del TIPNIS. Pero no necesariamente esa posición la hacemos pública»* (Interview Anzaldo 25.05.2019).²⁸ Die Nichtregierungsorganisation, die 1970 mit dem Ziel gegründet wurde, die Landbevölkerung dabei zu unterstützen, eigene Kanäle für ihre strukturelle Entwicklung und Integration in die gesamtbolivianische Gesellschaft zu finden, würde sich stattdessen bevorzugt mit Kritik direkt an die Regierung wenden. CIPCA geht auf eine Initiative der Jesuitenpater Luís Alegre, Xavier Albó und Francisco Santiago zurück, wird jedoch seit 1994 unabhängig von der *Compañía de Jesús* geführt (CIPCA n. d.).

Laut Patricia Patiño der NGO *Apoyo Para el Campesino-Indígena del Oriente Boliviano* (APCOB) habe es die Morales-Regierung geschafft, mit ihrem repressiven Kurs den Einfluss der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu begrenzen: *«nosotros como sociedad civil [...] no podemos hacer nada, o sea, contra el Gobierno, contra todo un aparato político. La sociedad civil en Bolivia es prácticamente invisibilizada»* (Interview Patiño 22.05.2019).²⁹ Oder wie es Nazareth Flores aus dem Widerstandskreis der Indigenenorganisation CPIB formulierte: *«las organizaciones, las instituciones que apoyan aquí están escondidas como que con miedo del Gobierno»* (Interview Flores 16.05.2019).³⁰ Die aktive Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Verteidigung indigener Territorien geriet zum Balanceakt, bei dem das Bekenntnis zum Widerstand in vielen Fällen eine gewisse Vorsicht erforderte.

28 Übersetzung: »wir haben eine Position, die die aus dem TIPNIS stützt. Aber diese Position machen wir nicht notwendigerweise öffentlich.«

29 Übersetzung: »Als Zivilgesellschaft [...] können wir nichts ausrichten, das heißt gegen die Regierung, gegen einen ganzen Politikapparat. In Bolivien ist die Zivilgesellschaft praktisch unsichtbar gemacht worden.«

30 Übersetzung: »die Organisationen, die Institutionen, die hier unterstützen, haben sich versteckt so als ob sie Angst vor der Regierung hätten.«